K. WOJCIK

S. KAMINSKI

Mahner Geremek, Präsident Wałęsa: „Die Zustände im Präsidialamt erinnern an den Hof von Ludwig XIV.“

Polen

„Anreiz zum Putsch“

Oppositionsführer Bronisław Geremek über den Warschauer Machtkampf

SPIEGEL: Der Staatspräsident ruft zu einem Steuerboykott auf, will den gewählten Premier in einen langen Urlaub schicken und droht mit der Auflösung des Parlaments. Ist Lech Wałęsa ausgerastet?

Geremek: Nein. Damit fängt nur sein Wahlkampf an, und der wird sehr hart geführt. Meinungsumfragen zeigen den Präsidenten in einer schwachen Ausgangslage. Deshalb wendet Wałęsa alle Mittel an, die er für nötig hält. Er will den Eindruck eines starken Mannes erwecken, auf den sich die Bürger verlassen können.

SPIEGEL: Derselbe Mann, der das kommunistische Regime stürzte, scheint nun die Demokratie zu gefährden, wenn er die Machtprobe mit einer gewählten Regierung sucht. Wie verträgt sich das?

Geremek: Wałęsa als historische Figur ist ein ganz anderer als Wałęsa, der Politiker. Der Mann, der die Geschichte des ausgehenden Jahrhunderts entscheidend beeinflußt hat, ist mein Freund. Er hat die Streiks in Danzig organisiert, und damit fing in gewisser Weise alles an, was zum Fall der Berliner Mauer führte.

SPIEGEL: Wałęsa als Staatschef ist Ihnen weniger sympathisch?

Geremek: Er hat selbst gesagt, er sei bereit, undemokratische Methoden anzuwenden, um die Demokratie zu verteidigen. So etwas ist völlig unmöglich. Natürlich bin auch ich nicht darüber erfreut, daß die Regierungskoalition wirtschaftliche und politische Reformen blockiert. Aber sie ist in freien Wahlen an die Macht gekommen, das muß man akzeptieren.

SPIEGEL: Der Präsident spricht von einer Diktatur der Mehrheit im Sejm.

Geremek: Ja, dank ihrer Erfahrung mit dem Einparteiensystem versteht die Regierungskoalition unter Demokratie schlicht die Macht der Mehrheit. Für sie heißt das: Die früheren Eigentümer der Volksrepublik Polen sollen auch Eigentümer des demokratischen Polen sein. Das ist vollkommen unannehmbar. Demokratie bedeutet nicht nur freie Wahlen und Mehrheitsentscheidungen, sondern außerdem Rechtssicherheit, unabhängige Rechtsprechung, politische Kultur.

SPIEGEL: Also hat Wałęsa doch recht mit seiner Kritik?

Geremek: Beide Seiten, Präsident und Premier, stellen derzeit eine Bedrohung der Demokratie und der Freiheit dar. Für den Präsidenten ist die Demokratie wohl nicht die Regierungsform, die er in seinem Innersten respektiert. Seine Art, über Politik zu denken, hat eher in autoritären Systemen Platz.

SPIEGEL: Trauen Sie Wałęsa einen Putsch zu?

Geremek: Psychologisch wäre er wohl dazu bereit. Wałęsa denkt in der Tradition von Marschall Józef Piłsudski . . .

SPIEGEL: . . . der 1926 putschte und ein autoritäres Regime errichtete. Als erster Staatschef des unabhängigen Polen ist Piłsudski noch immer sehr populär.

Geremek: Diese Beliebtheit wäre wohl auch der Anreiz für Wałęsa, ähnlich zu handeln. Aber wer einen Coup durchziehen will, braucht Unterstützung in der Gesellschaft, dazu die Verfügungsgewalt über die nötigen Machtinstrumente. Die hat Wałęsa nicht, anders als Piłsudski. Armee und Polizei würden einem Putschaufruf des Präsidenten kaum folgen. Und so wird es in Polen keinen solchen Staatsstreich geben.

SPIEGEL: Wałęsa geht also nicht als zweiter Piłsudski in die Geschichte ein?

Geremek: Ich glaube kaum. Aber er will Macht, und er will mehr Macht, als ich für angemessen halte.

Eine Verfassungskrise

hat Polens Präsident Lech Wałęsa heraufbeschworen. Mit seinem „Krieg an der Spitze“ des Staates will er den reformfeindlichen Premier Waldemar Pawlak stürzen, obwohl der im Parlament über die absolute Mehrheit verfügt. In der vorigen Woche drohte Wałęsa, das Parlament aufzulösen, und riskierte damit eine Anklage vor dem Staatstribunal. Bronisław Geremek, 62, Fraktionsvorsitzender der stärksten Oppositionspartei im Sejm, diente dem einstigen Gewerkschaftsführer Wałęsa lange Jahre als Berater.

SPIEGEL: Seit wann stellt Ihr Freund denn eine politische Gefahr dar?
Geremek: Seit dem Präsidentschaftswahlkampf 1990. Schon da lautete seine Devise: Ein Konflikt an der Spitze des Staates verhindert den Konflikt weiter unten im Volk, verhindert den Bürgerkrieg. Diese brutale Auseinandersetzung zerstörte die Solidarność-Bewegung und beschädigte das noch sehr schwache politische System Polens. Nur deshalb konnten die Kommunisten die Macht zurückerobern.
SPIEGEL: Vielleicht hat Wałęsa ja die falschen Berater?
Geremek: Für falsche Entscheidungen ist er selbst verantwortlich. Früher war Wałęsa noch in der Lage, seine persönlichen Interessen zu vergessen und im Sinne der gemeinsamen Sache zu denken und zu handeln. Die Zustände im heutigen Präsidialamt erinnern mich dagegen an den Hof von Ludwig XIV. Auch da ging es nur darum, wer das Ohr des Königs hatte und am meisten Einfluß gewinnen konnte. Wałęsa hält sich eine Entourage, die ihm einredet, er handele stets zum Vorteil der Nation. Und er könne durchaus auch ohne demokratische Institutionen auskommen.
SPIEGEL: Hat Wałęsa überhaupt Chancen auf eine Wiederwahl?
Geremek: Die Stimmung wendet sich immerhin schon zu seinen Gunsten. Die Wähler sind enttäuscht von den nicht eingehaltenen Versprechen der Regierung. Die Frage ist, ob Wałęsa es wagt, das Parlament aufzulösen. Jetzt will er Neuwahlen, die Präsidentenwahlen aber möchte er ins nächste Jahr verschieben.
SPIEGEL: Das wäre verfassungswidrig.
Geremek: Hier stellt sich wieder die Frage, ob Wałęsa überhaupt noch in demokratischen Bahnen denkt. Sein Verhalten ist freilich ein Beweis, daß er diese Bahnen verlassen hat.
SPIEGEL: Es steht schon fest, daß der polnische Präsident auch nach der künftigen Verfassung vom Volk gewählt werden wird. Das bedeutet: Er wird weiterhin großen Einfluß haben.
Geremek: Das muß nicht sein. Es ist zwar wahr, daß wir dem Volk dieses Recht nicht nehmen können. Aber ein gewählter Präsident könnte, wie in Österreich oder Portugal, die Rolle eines Schiedsrichters übernehmen.
SPIEGEL: Angenommen, Wałęsa verlöre sein Amt. Können Sie sich ihn als stillen Rentner in Danzig vorstellen?
Geremek: Warum nicht? Auch da kann er als historische Persönlichkeit eine Art Makler in politischen Konflikten sein. Das Argument, wir sollten Wałęsa lieber im Präsidentenamt belassen, nur weil er als intrigierender und stänkernder Rentner die Stabilität des Landes gefährden könnte, akzeptiere ich nicht. Wir sind stark genug, um ihn in Danzig zu verkraften. ❑

Peru

Affen und Hühner

Ein alter Grenzstreit mit Ecuador eskalierte zu Scharmützeln im Urwald. Präsident Fujimori setzt im Wahlkampf voll aufs Militär.

Zuerst fielen dem Krieg sieben Kühe zum Opfer. Sie hatten unvorsichtigerweise den trüben, stinkenden Fluß durchwatet, der das peruanische Städtchen Aguas Verdes vom benachbarten ecuadorianischen Grenzort Huanquillas trennt. Soldaten Ecuadors beschlagnahmten das Vieh.

„Sie haben die Tiere bestimmt geschlachtet und gegessen“, vermutet Juan Romero Fuente, ein peruanischer Straßenhändler. Er hockt neben einigen Landsleuten auf dem Geländer der „Internationalen Brücke“, die Peru mit Ecuador verbindet. Eine Flasche Pisco-Schnaps macht die Runde. Einer deutet auf eine Ritze im Asphalt, die sich quer über die Brücke zieht. „Das ist die Grenze“, sagt er. „Wer da rübergeht, hat nichts zu lachen. Das gilt nicht nur für Kühe.“

Peruanische Reisende, die sich nicht ausweisen können, werden in Ecuador derzeit als Spione festgenommen. Etwas östlich des Grenzübergangs bei Aguas Verdes schießen seit dem 26. Januar Soldaten der beiden Länder aufeinander.

Seit mehr als 50 Jahren wallt im kleinen Ecuador Ende Januar der Patriotismus auf, nimmt die Wut auf den großen Nachbarn Peru zu. Dann jährt sich die Unterzeichnung des Abkommens von Rio de Janeiro, in dem Ecuador 1942 einen großen Teil seines Amazonasgebiets an Peru abtreten mußte.

Acht Jahre steckten Quito und Lima gemeinsam den neuen Grenzverlauf ab. Doch als die letzten Markierungspfähle entlang eines 78 Kilometer langen Streifens in der unwegsamen Condor-Kordillere eingeschlagen werden sollten, zogen sich die ecuadorianischen Vertreter aus der Grenzkommission zurück.

Seitdem versucht Ecuador immer wieder, seine Grenze ein Stück in den von Peru gehaltenen Urwald vorzuschieben. Es geht dabei nur vordergründig um Öl oder Gold – niemand weiß genau, ob sich überhaupt Bodenschätze in dem umstrittenen Gebiet verbergen. Quito will den Zugang zum Amazonas zurückerhalten, den es an Peru verlor.

FOTOS: REUTER

Ecuadors Präsident Durán Ballén: Ablenkung von innenpolitischen Krisen

Dieses Jahr brach der Streit so heftig aus wie schon lange nicht mehr. Fünf Grenzposten hätten die Ecuadorianer heimlich in peruanisches Gebiet vorgeschoben, behauptete die Regierung in Lima. Bei den Scharmützeln kamen mindestens 17 Soldaten ums Leben. Ecuadors Präsident Sixto Durán Ballén, 73, verordnete die totale Mobilmachung. Für ihn ist der Konflikt eine willkommene Gelegenheit, von der schweren wirtschaftlichen und politischen Krise abzulenken.

In Quito und Guayaquil verbrannten Schüler unter Anleitung ihrer Lehrer eine peruanische Flagge. „Krieg ist die einzige Lösung“, tönt ein Taxifahrer in